

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 36. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Juni 2007, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

i. V. von Wilfried Wengler

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Henning Höppner (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Zukunft des UK S-H	6
Beratende Äußerung des Landesrechnungshofs gemäß § 88 Abs. 3 LHO aufgrund der Prüfung der Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein Schreiben des Wissenschaftsministeriums Umdruck 16/2147	
2. Richtlinie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer	8
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/1949	
3. Verlagerung der Realschullehrerausbildung von Kiel nach Flensburg	9
4. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Kultusministerkonferenz vom 14./15. Juni 2007	10
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	11
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/1338	

-
- 6. a) Bericht über die aktuelle Umsetzung des Schulgesetzes** **12**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1407
- b) Schulanmeldungen**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1410
- c) Besetzung von Schulleiterstellen an Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen**
- 7. Entwurf der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung** **13**
- Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen
Umdruck 16/1955
- 8. Umweltbildung in Schleswig-Holstein** **14**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1354
- 9. Angebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten** **15**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1413
- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes** **16**
- Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1380 (neu)
- 11. Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachchartabericht 2007** **17**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1400

12. Schulbesuchstag von Abgeordneten 18

Schreiben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1978

13. Terminplanung 19

14. Verschiedenes 20

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Zukunft des UK S-H

Beratende Äußerung des Landesrechnungshofs gemäß § 88 Abs. 3 LHO aufgrund der Prüfung der Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Schreiben des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/2147

St de Jager nimmt zur beratenden Äußerung des Landesrechnungshofs Stellung. Er gehe davon aus, dass aufgrund des Handlungsdruckes noch vor der Sommerpause eine politische Entscheidung der Landesregierung zur Zukunft des UK S-H getroffen werde. Wenngleich man die Empfehlungen des Landesrechnungshofs zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des UK S-H im Grundsatz begrüße, lehne man das vom Rechnungshof favorisierte angepasste Integrationsmodell ab, das nicht zwangsläufig zu besseren wirtschaftlichen Ergebnissen führe (vgl. Universitätskrankenhaus Eppendorf) und bei dem die beiden Dekane der Medizinischen Fakultäten ein faktisches Vetorecht hätten. Die Frage der Anzahl der Vollzeitkräfte des UK S-H werde man im Zuge der Prüfung der Jahresabschlüsse 2006 und 2007 von einem Wirtschaftsprüfer prüfen lassen. Über die Frage des Verwaltungssitzes werde man noch einmal ergebnisoffen nachdenken.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert der Staatssekretär, der Vertrag mit dem Sanierer laufe jeweils für ein Jahr und könne maximal zweimal verlängert werden. Der Sanierer erhalte vom UK S-H eine fixe Vergütung von 250.000 € jährlich plus variable Vergütung, sei in die Entscheidungsabläufe des UK S-H eingebunden und könne den Beschäftigten Anweisungen geben. Eine Privatisierung der Tochtergesellschaften im nicht medizinischen Bereich werde im Rahmen des operativen Geschäfts vom Sanierer vorgeschlagen und vom Vorstand entschieden. Die Gremien und Leitungsstrukturen seien von der zukünftigen Rechtsform des Klinikums abhängig. Die Realisierung eines Patientenhotels müsse mit Einsparungen bei den einzelnen Kliniken einhergehen. Die Wirtschaftlichkeit des Partikeltherapiezentrum sei abhängig von der Höhe der Vergütung und der Angebote, über die man den Bildungs- und Finanzausschuss nach der Sommerpause näher unterrichten werde. Die Auffassung des Rechnungshofs zu den Zentren teile das Ministerium. Die Kostentrennungsrechnung zur Abgren-

zung der Kosten der Krankenversorgung von denen der Forschung und Lehre müsse bis zum 1. Januar 2009 implementiert werden. Hinsichtlich des Investitionsbedarfs des UK S-H komme die GMSH vorläufig zu dem Ergebnis, dass der Investitionsstau geringer ausfalle als vom Vorstand berechnet.

Abg. Dr. Klug bittet den Landesrechnungshof, zu den Ausführungen des Wissenschaftsministeriums Stellung zu nehmen.

Der Ausschuss wird sich mit der Zukunft des UK S-H nach der Sommerpause weiter beschäftigen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Richtlinie zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/1949

hier: Stellungnahme an den Finanzausschuss

Fragen der Abgeordneten Herbst und Weber beantwortet St de Jager dahin, das Wissenschaftsministerium teile die Ergebnisse der Prognos-Studie. Die Förderung von Innovationen müsse auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Alle Förderanträge würden zukünftig gutachterlich bewertet. Die Landesregierung unterstütze die Zielsetzung, 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Diese Verpflichtung müsse allerdings auch die Unternehmen treffen.

Der Bildungsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss, die Vorlage Umdruck 16/1949 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verlagerung der Realschullehrerausbildung von Kiel nach Flensburg

(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Fragen von Abg. Birk antwortet St de Jager, mit der Konzentration der Realschullehrerausbildung in Flensburg würden die Zahl der Studierenden dem Bedarf entsprechend verringert - ab dem Wintersemester 2008/09 werde man an der Universität Flensburg jährlich 120 Studierende aufnehmen - und 10 Stellen von der CAU nach Flensburg verlagert. Eine Frage von Abg. Dr. Klug beantwortet er dahin, in dem Maße, wie die Ausbildung zum Lehramt an allgemeinbildenden Schulen in Flensburg konzentriert werde, werde die Frage diskutiert, die Ausbildung der Lehrkräfte für die berufsbildenden Schulen in Kiel zu konzentrieren.

Abg. Birk sieht in der Neuordnung und Konzentration der Lehrerbildung die Chance, die Lehrerbildung im Geiste des neuen Schulgesetzes auf eine Stufenlehrrausbildung umzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Kultusministerkonferenz vom 14./15. Juni 2007

St de Jager berichtet kurz über die Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz. Zum Thema Lehrerbildung trägt er vor, nachdem sich die KMK auf 300 ECTS-Punkte für alle Masterstudiengänge verständigt habe, werde man analog dem Hamburger Modell den Vorbereitungsdienst in die Masterausbildung einbeziehen. Die Beschlussfassung der KMK mache es nicht notwendig - damit greift er eine Frage von Abg. Birk auf -, die Struktur des Vorbereitungsdienstes zu ändern. Über das weitere Vorgehen werde man den Bildungsausschuss zu gegebener Zeit unterrichten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1338

(überwiesen am 10. Mai 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

Der Ausschuss bittet das Bildungsministerium, bis zur nächsten Sitzung am 30. August 2007 über die Umsetzung der neuen schulgesetzlichen Regelung zur Schülerbeförderung durch die Kreise zu berichten, und die kommunalen Landesverbände zu der Frage Stellung zu nehmen, in welchem Umfang die Einführung der Eigenbeteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursacht.

Abg. Birk warnt vor den Folgen der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten für einkommensschwache Familien.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Bericht über die aktuelle Umsetzung des Schulgesetzes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1407

b) Schulanmeldungen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1410

(überwiesen am 7. Juni 2007 zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave wiederholt ihre Zusage aus der Plenardebatte, dem Ausschuss die in Rede stehenden Daten zu übermitteln, sobald sie vom Statistikamt vorlägen (s. Umdruck 16/2199).

Der Bildungsausschuss nimmt beide Berichte der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

c) Besetzung von Schulleiterstellen an Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen

(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf eine Frage von Abg. Birk erwidert M Erdsiek-Rave, bei der Errichtung von Gemeinschafts- und Regionalschulen handele es sich um die Zusammenführung vorhandener Schulen, deren Schulleitungen in der Vergangenheit von Schulleiterwahlausschüssen gewählt worden seien und von denen eine oder einer die Leitung der neuen Schule übernehme.

Abg. Birk stellt kritisch fest, dass die neuen Schulformen generell von Schulleitern der von der Zusammenführung betroffenen Schulen geführt und Personalentscheidungen in den nächsten Jahren praktisch ohne Beteiligung der kommunalen Gremien getroffen würden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung

Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen
Umdruck 16/1955

Abg. Birk legt Wert darauf, dass die Elternrechte von integrativ beschulten Kindern hinreichend geregelt würden.

Bildungsausschuss und Bildungsministerin bekräftigen ihre Verabredung, das Thema Integration und sonderpädagogische Förderung zu gegebener Zeit zu vertiefen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Umweltbildung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1354

(überwiesen am 11. Mai 2007 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den **Bildungsausschuss** zur abschließenden Beratung; der federführende Umwelt- und Agrarausschuss hat die Vorlage am 30. Mai 2007 abschließend zur Kenntnis genommen)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1354 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Angebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1413

(überwiesen am 6. Juni 2007)

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1380 (neu)

(überwiesen am 7. Juni 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Bildungsausschuss)

Die Beratung über den Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Änderung des Denkmalschutzgesetzes**, Drucksache 16/1380 (neu), stellt der Bildungsausschuss bis zur Vorlage der von der Landesregierung angekündigten Gesetzesnovelle zurück. Der Bildungsausschuss erwartet, dass die Landesregierung ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes dem Landtag spätestens zur Dezember-Tagung zuleitet.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2007

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1400

(überwiesen am 6. Juni 2007 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Sprachenchartabericht 2007 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Schulbesuchstag von Abgeordneten

Schreiben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1978

Abg. Hentschel setzt sich unter Hinweis auf sein Schreiben dafür ein, dass einzelne Abgeordnete Schulen besuchen und Gespräche mit Schülerinnen und Schülern führen könnten.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass es für Schulbesuche von Abgeordneten - wenn sie nicht weniger als sechs Wochen vor Wahlen stattfänden - keine Restriktionen gebe. Zur Tätigkeit politischer Parteien in Schulen verweist sie auf § 29 Absätze 4 und 5 des Schulgesetzes.

Abg. Dr. Klug stellt fest, dass es nach seiner Erfahrung nie Probleme gegeben habe, als Abgeordneter auf Einladung in der Schule über ein Thema zu sprechen und persönlich mit Schülern zu reden. - Die übrigen Mitglieder des Bildungsausschusses und die Bildungsministerin bestätigen diese Auffassung, weisen allerdings auf das Gebot der parteipolitischen Ausgewogenheit hin.

Der Bildungsausschuss ist sich mit dem Bildungsministerium darin einig, dass einzelne Landtagsabgeordnete auf Einladung einer Schule - unter Wahrung des Gebots der parteipolitischen Ausgewogenheit - Gespräche mit Lehrkräften, Eltern und vor allem Schülerinnen und Schülern führen können.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Terminplanung

Der Bildungsausschuss beschließt folgende zusätzliche Sitzungstermine:

- Montag, 3. September (nachmittags und abends), Bildungsausschuss zusammen mit Schulausschuss Baden-Württemberg
- Freitag, 7. September, Bereisung Niebüll (Europaschule), Seebüll (Nolde-Museum), Ladelund (KZ-Gedenkstätte)
- Montag, 5. November, Bereisung Meldorf (RBZ), Albersdorf (Archäologisches Museum).

Im Juli 2008 beabsichtigt der Bildungsausschuss, eine Informationsreise nach Polen durchzuführen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Birk setzt sich dafür ein, für die Betreuung von aus gesundheitlichen Gründen **von der Einschulung beurlaubten Kindern** eine sachgerechte Lösung zu finden.

M Erdsiek-Rave führt aus, selbstverständlich seien nicht die Krankenkassen für die Betreuung dieser Kinder zuständig. Von landesweit rund 90 Anträgen auf Beurlaubung aus gesundheitlichen Gründen seien 60 Anträge beschieden worden. Beurlaubungen von weniger als einem halben Jahr seien dem Ministerium nicht bekannt. Das Bildungsministerium werde in einem Erlass an die Jugendämter der Kreise klarstellen, dass die Gemeinden nach SGB VIII auch für diese Kinder, die noch nicht zur Schule gingen, Kostenträger seien, um einen nahtlosen Übergang vom Kindergarten zur Grundschule zu gewährleisten.

- b) Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium, zu gegebener Zeit über das Thema **Internetmobbing gegen Lehrkräfte** zu berichten.

- c) Abg. Dr. Klug kritisiert unter Hinweis auf mehrere Protestschreiben von Betroffenen die bevorstehende Schließung der **Sprachheilgrundschulen** in Preetz und Bad Schwartau und fordert das Bildungsministerium auf, nicht vor einer Behandlung der Thematik im Landtag vollendete Tatsachen zu schaffen.

M Erdsiek-Rave entgegnet, während das Bildungsangebot in Bad Schwartau im kommenden Schuljahr letztmalig bestehen bleibe, würden die wenigen in erheblicher Weise sprachauffälligen Schülerinnen und Schüler in Preetz als besondere Fördermaßnahme zukünftig im Förderzentrum gefördert. Man habe die Voraussetzungen für eine faktische Auflösung der Sprachheilgrundschule am Postsee geschaffen.

Abg. Birk problematisiert den Ressourceneinsatz der Förderung im Förderzentrum und der Integration an der Regelschule und insbesondere den Umfang der beim einzelnen integrativ beschulten Kind ankommenden Hilfe.

M Erdsiek-Rave hebt die Vorteile der Prävention und Integration hervor. Die Strategie der integrativen Sprachheilverförderung habe sich als wesentlich erfolgreicher erwiesen als die isolierte Beschulung in eigenständigen Sprachheilgrundschulen. Für in besonderer Weise

sprachauffällige Kinder würden teilstationäre, zeitlich befristete Maßnahmen zur Sprachintensivförderung auf den Weg gebracht (wie die Maßnahme „Lautstark“ in Dithmarschen).

Abg. Kalinka macht darauf aufmerksam, dass sich der Kreis Plön als Träger der Sprachheilgrundschule in Preetz wiederholt gegen eine Auflösung der Schule am Postsee ausgesprochen habe, von der immerhin 50 bis 60 Kinder betroffen seien. Die Förderung aller betroffenen Kinder in anderen Schulen könne nach Aussage von Elternvertretern aufgrund fehlender Kapazitäten im nächsten Schuljahr nicht realisiert werden.

Der Bildungsausschuss wird sich nach der Behandlung im Landtag weiter mit der Thematik beschäftigen.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer